

Das Volksbegehren der Arbeiterschaft für die Einheitsfront läuft! Einzelzeichnungslisten bitte anfordern!

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funkke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferungen... Bezugspreis 2,- Mark monatlich... Anzeigenpreise... Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a, Fernruf: F 7, Jenowitz, 5909, Postcheckkonto Berlin Nr. 50460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 156 B

BERLIN • Mittwoch, den 6 Juli 1932

1. JAHRGANG

Brüder, in eins nun die Hände...

Eine Antwort an Erkelenz und Münzenberg.

Von Willi Eichler.

Wir brachten vor einiger Zeit den Aufruf: „Dringender Appell“, in dem von verschiedenen Menschen der politischen Linken gefordert wurde, daß KP und SP eine gemeinsame Kandidatenliste aufstellen sollten, um damit einen Anfang zu machen für eine weiter- und tiefergehende Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Dieser Aufruf und seine Behandlung ist ein überaus sprechendes Beispiel für nahezu alle Bezirke des politischen Lebens und seiner Hintergründe.

Er hat erstens gezeigt, daß die Arbeiter aller Schattierungen diesen Aufruf überaus warm begrüßten. Sie standen in ungezählten Gruppen um die Plakatsäulen herum und diskutierten ihn warmherzig und eifrig. Den gleichen Erfolg erreichte die von uns sehr unterstützte Sammlung von Unterschriften für das Volksbegehren der Arbeiterschaft zu den ADGB. Und sind darüber hinaus viele Fälle über die von uns mitgeteilt hinaus bekannt geworden, von so viel Begeisterung und Zustimmung zu dieser einfachen und wahren Sammelaktion der kämpfenden und verletzten Arbeiter, daß wir sie hier unmöglich sämtlich abdrucken könnten. Wir fühlen uns durch diese Antworten nicht nur entschädigt für die geradezu pöbelhafte Behandlung der von uns geforderten und geförderten Einheitsfrontarbeit seitens der gesamten deutschen Presse, sondern wir sehen darüber hinaus — was das Wichtigste ist — daß wir auf dem einzig richtigen Wege sind.

Dies mußte vorausgeschickt werden einer Antwort, die ich hier Anton Erkelenz und dem Chef der sogenannten Münzenberg-Pressen, dem Genossen Willi Münzenberg, geben möchte.

Ich gehöre zu den Unterzeichnern des Aufrufs und bin als solcher durch die zum Münzenberg-Konzern gehörige kommunistische Zeitung „Berlin am Morgen“ mit gefragt worden: „Stellt Ihr Euch die Einheitsfront auch so vor, wie Euer Mitunterzeichner Erkelenz?“ Zu dieser Frage ist die Zeitung gewiß berechtigt; denn in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ hat Anton Erkelenz, der den Aufruf ebenfalls unterzeichnet hat, neben vielen Falschheiten, ja man kann sagen: fast lauter Falschheiten, die aber im übrigen seine Privatmeinung sein könnten und dürfen, geschrieben: „Diesen zweifachen Sinn des Wortes Einheitsfront wird man herausstellen müssen. Das eine ist eine große aufbauende Idee, das andere ist ein falsches Spiel. Das eine zeigt die weit geöffneten Tore der Sozialdemokratie...“ „So haben sich auch die Unterzeichner eines verbreiteten Aufrufs die Einheitsfront gedacht.“

Diese Behauptung von Erkelenz ist einfach unwahr, und zwar objektiv und subjektiv, wenn auch der Anlaß dieser Unwahrheit vielleicht bloße Fahrlässigkeit und Liederlichkeit im Ausdruck ist. Erkelenz — dessen Beweggründe ich sehr verständlich nicht kenne — hat wohl gemeint, daß er sich das bei der Unterzeichnung des Aufrufs gedacht hätte.

Dies müssen wir ihm dann selbstverständlich glauben, obwohl wir dann der Zeitung „Berlin am Morgen“ Recht geben müssen, daß dann die Beteiligung von Erkelenz am Aufruf eines jener Einheitsfrontmanöver wäre, die wir selber bei der SP und bei der KP als bloße Parteireklame immer abgelehnt haben.

Wir haben Erkelenz sofort nach seiner Erklärung im „Vorwärts“ geschrieben, daß wir erwarten, daß er der Öffentlichkeit auf irgend eine Weise eine Richtigstellung seiner falschen Behauptungen mitbringt.

Daß die Unterzeichner des Aufrufs etwas ganz anderes danken als Erkelenz, geht in für Münzenberg überzeugender Weise daraus hervor, daß, wie ich mich sehr freue, hier mitteilen zu können, soeben auch Ludwig Renn diesen Aufruf unterzeichnet hat, ein Genosse, dessen einwandfreie Anständigkeit und parteikommunistische Linientreue ziemlich weit bekannt ist.

Social zum Fall Erkelenz. Bei dieser Gelegenheit kann ich es unmöglich unterlassen, auf die bereits erwähnte verbrecherische Rolle der deutschen Arbeiterpresse einzugehen, die nahezu hermetisch verschlossen gewesen ist gegen

Wie eine Einheitsfront zustande kam.

Wir berichteten gestern über eine ausgezeichnete einheitliche Demonstration der Arbeiterschaft in Göttingen und tragen heute noch dazu nach, wie diese Einheitsfront zustande gekommen ist.

Am Mittwoch veröffentlichte das Göttinger sozialdemokratische „Volksblatt“ den Aufruf des SP-Vorstandes, in dem eine Einheitsfront mit den Kommunisten abgelehnt wird. Am selben Mittwoch, abends gegen 20 Uhr, wurden „Reichsbanner“-Kameraden von SA- und SS-Horden überfallen und blutig geschlagen. Dies hatte die Empörung der Arbeiter zur Folge, die im Gewerkschaftshaus versammelt waren. Spontan bildete sich ein Demonstrationzug, der unter Absingen der Internationale in die Hauptstraße der Stadt zog und dem sich noch viele Arbeiter anschlossen. Ein Ueberfallkommando der Pöbel raste in brutaler Weise diese Demonstration auf. Hieran schlossen sich wütende Schläger in den Straßen an.

Diese Ereignisse veranlaßten den Gewerkschaftskartellvorstand, dem Druck des Erwerbslosen-Ausschusses und einer Anzahl Kollegen im Kartell nachzugeben, die eine Einheitsfront forderten. Bereits einen Tag später war die Einheitsfront geschlossen.

unter Führung der Gewerkschaften.

Am Tage nach dieser machtvollen Demonstration konnte man allgemein bei den Arbeitern den Wunsch hören, daß diese brüderliche Kampfgemeinschaft so bleiben müsse; denn dann könne man bald mit den Faschisten fertig werden.

Einheitsversammlung von KP. und SP.

E. P. Kürzlich fand in Schlüchtern eine antifaschistische Versammlung statt, an der sich KP- und SP-Genossen beteiligten. Ein Redner der KP und einer der SP sprachen über die gegenwärtige politische Lage; beide betonten, daß die Genossen beider Parteien zusammengehen sollten im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Die Lage der Arbeiterschaft im Kreise Schlüchtern ist besonders bedroht; die Bauern, die in diesem Kreis zahlenmäßig die Oberhand haben, sind fast alle NS. Gerade das hat geholfen, die Einsicht in die Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens zu wecken.

Für die Teilnehmer an dieser Versammlung war dieser Abend ein starkes Erlebnis. Endlich einmal ging es über die widerwärtigen Kompromisse hinweg, die man sich auf den gemeinsamen Gegner! Das gab Mut und Hoffnung in dieser traurigen Zeit. Wenn nur erst die Zelungen der beiden Arbeiterparteien einen andern Ton anschlagen möchten als bisher! Der Wille zur Einheit ist bei der Arbeiterschaft da, er ist wirklich da! Es liegt bei den Führern, diesem Einheitswillen nachzukommen und ihren organisatorischen Apparat einzusetzen zum Aufbau der Einheitsfront, den ihre Mitglieder längst fordern.

Wie hier die Arbeiterschaft vorangegangen ist, ist es leider in Berlin bei den

Kundgebungen der Eisernen Front und der KPD

nicht gewesen. Jede dieser Kundgebung fand von der andern getrennt statt.

Die Kundgebung der „Eisernen Front“ war zwar eine eindrucksvolle Demonstration; die Massen rückten in großer Zahl und in nicht gewohnter Lebendigkeit und bewegter Stimmung an. Es waren sogar geschlossene Züge kommunistischer Genossen beteiligt, z. B. die Gruppen Neukölln, Landsberger Platz, Süd-West des antifaschistischen Kampfbundes, so daß sich dem oberflächlichen Beobachter das Bild einer gelungenen Einheitsfront aufdrängen konnte. Dies wurde verstärkt dadurch, daß die sozialdemokratischen Redner Dittmann und Stampfer sich aller Angriffe, allerdings auch jeder Erwähnung der KP enthielten.

Die Mängel dieser Demonstration, wenn man sie vom Standpunkt der Notwendigkeit der Einheitsfront aus betrachtet, sind trotzdem offensichtlich.

Der erste ist der bis auf weiteres völlig unberechtigte Optimismus der Redner, der SA-Terror werde sicher gebrochen werden, die Regierung Pape n werde beseitigt werden, und zwar am 31. Juli. Daß die Befugung einer Regierung nicht unbedingt von der vorhandenen Mehrheit im Reichstag abhängig gemacht wird, könnten sozialdemokratische Chefredakteure inzwischen gemerkt haben.

Der andere Mangel ist der, daß die Anwesenden in der Hauptsache Sozialdemokraten waren, für die auch die von den Rednern ausgegebene Parole galt: „Wählt Liste 1!“

jeden Versuch, die Ideen dieses Aufrufs und diesen Aufruf selber der Arbeiteröffentlichkeit nahezubringen. Wir haben uns die Finger wund geschrieben und den Mund heiser geredet mit Menschen- und Engelzungen, um den Genossen Münzenberg und seine Presse und selbstverständlich auch die übrige Arbeiterpresse für das Volksbegehren der Arbeiterschaft und für den „Dringenden Appell“ zu interessieren. Nichts ist darauf erfolgt. Die „Rote Fahne“ brachte es als kleine Spitzmarke, die SAP-Zeitung „vergaß“ die Unterzeichner zu nennen mit Ausnahme eines einzigen, Erkelenz. Alle Unterzeichner, die sie also nicht nannte, faßte sie zusammen unter der allgemeinen Bezeichnung, „eine Reihe von Personen, die sowohl im „Reichsbanner“ als in der SPD stehen“, (ein aufgelegter Schwindel also; zumal auch einige SAP-Mitglieder zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören, und wenn wir nicht sehr irren, sogar ein Vorstands-

mitglied dieser Partei). Das war alles, was uns als „Stellungnahme“ der Arbeiterpresse zu diesem, wie die Zeitung „Berlin am Morgen“ jetzt schreibt, viel beachteten Aufruf bekannt geworden ist. Dies Eingeständnis der Zeitung ist äußerst interessant: Viel beachtet ist der Aufruf tatsächlich worden; „Berlin am Morgen“ weiß das sogar; aber es bedurfte erst einer äußeren Möglichkeit über diesen Aufruf pöbelnd herzufallen, daß die Herren Redakteure dieser Zeitung sich rührten. Man könnte geradezu Herrn Erkelenz dankbar sein, daß er auf diese Weise erreicht hat, was uns nicht gelungen war: nämlich den Herren Redakteuren, übrigens auch denen vom „Vorwärts“, einen Splitter in das sonst unbewegliche Gesäßfleisch zu stoßen, so daß sie jetzt munter werden und auch zu politischen Ereignissen die Feder rühren, die nicht ihrem eigenen erlauchten Gehirn entspringen sind. Denn auch das muß hier gesagt werden: Nun wird schon die Münzenberg-Pressen genötigt, auch Stellung zu dem Aufruf zu nehmen. Und wie tut sie das? „Wir fordern Antwort“ schreibt sie. Schön, die hat sie erhalten. Erkelenz hat nicht „aus der Schule geplaudert“, sondern hat sich etwas ausgedacht, was nicht stimmt, und wovon wir hoffen, daß er es in dem Maße, wie es hier dargestellt worden ist, auch selber berichtet. Wir fragen unsererseits den Genossen Münzenberg und seine Konzernredakteure:

Warum habt ihr nie ein Sterbenswort über das Volksbegehren der Arbeiter geschrieben, warum nie ein Ster-

Volksbegehren der Arbeiterschaft.

Die Listen für die Reichstagswahl können bis Mitte Juli noch eingereicht werden. Wir wollen bis dahin die Anstrengungen für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterliste von SP bis KP fortsetzen.

Unterschriftenlisten können bei uns angefordert werden.

antwort über den „viel beachteten“ Appell? Warum ver-
hundert ihr auch jetzt noch, nachdem endlich der Erke-
lenzische Magenstoß euch den Mund geöffnet hat, diesen
Aufwurf?

Warum kühlt ihr jetzt von „Listenverbindung“, während der
Aufwurf ausdrücklich erklärt, daß das Zusammengehen der
beiden Parteien „am besten in der Form gemeinsamer Kan-
didatenlisten“ für die kommende Wahl erfolgen solle? Warum
beruft ihr euch, nur um den Aufwurf abtun zu können, auf den
Sozialdemokraten Dittmann, der über Listenverbindungen
neulich im „Vorwärts“ dummes Zeug geschrieben hat, was
ihr sogar noch lobt. Hundert solcher „Warum?“ haben wir
an euch und an die Schriftleiter der übrigen Arbeiterpresse
und die anderen Führer der Arbeiterschaft zu richten.
Warum tut ihr nicht endlich den Mund auf und redet gegen
Parteiapparat und -diktatur endlich einmal so, wie euch
der Schnabel gewachsen ist. Denn daß er euch nur so ge-
wachsen ist, wie ihr nach außen hin euch gebt, halten wir
für ausgeschlossen. Wir glauben es einfach nicht, daß in
euren eigenen Köpfen nur Sturheit und Frechheit wohnen.
Wir glauben noch immer, bis zum Beweise des Gegenteils,
daß es — nicht wenige — anständige Leute unter euch gibt.
Und wir fordern endlich, daß ihr den Mut zur Anständigkeit
endlich einmal aufbringt. Denn wir glauben, für euch alle
gilt, was Hoffmann von Fallersleben vor langer
Zeit in ähnlicher Lage geschrieben hat:

Ihr seid nicht dumm, ihr seid nicht schlecht,
Ihr wißt, was Freiheit ist und Recht.
Ihr liebt die Wahrheit, haßt den Schein,
Ihr wollt auch gern freisinnig sein.
Auch habt ihr alles auf der Welt:
Ihr habt Gesundheit, Freud und Geld
Und Weib und Kinder, Hof und Gut —
Doch fehlt euch eins: Euch fehlt der Mut.

Vor neuen Sitzungen der Abrüstungskonferenz.

Am Dienstag nachmittag wird das Büro der Abrüstungs-
konferenz zusammentreten, um die weiteren Arbeiten der
Konferenz zu beraten. Die bisherigen privaten Vorbe-
sprechungen lassen es als wahrscheinlich erscheinen, daß die
Beratung des Hooverschen Vorschlags zugunsten von
technischen Einzelfragen zurückgestellt wird.

Eine englische Zeitung, „Sunday Dispatch“, meldet, daß
das englische Kabinett den Außenminister angewiesen habe,
der Abrüstungskonferenz einen neuen englischen Abrüstungs-
plan vorzulegen, in dem u. a. die Abschaffung aller schweren
Geschütze, der Bombenflugzeuge, der Flugzeugmutter-
schiffe, der U-Boote — oder, falls das nicht angenommen wird, jeden-
falls der U-Boote von mehr als 150 t. Ferner wird gefordert
die Herabsetzung der Luftstreitkräfte um die Hälfte und eine
Beschränkung der kontinentalen Heere um die Hälfte. Die
englische Armee sei bereits so geringfügig, daß für sie eine
Herabsetzung nicht in Frage komme.

Der englische Kriegsminister verteidigte ebenfalls bei
einer Rede über die Hooverschen Vorschläge die englische
Armee, die seiner Meinung nach weit unter der Grenze läge,
die nach Hoovers Ansatz für eine Polizeitruppe zulässig
sei. Die englische Armee sei die Polizeitruppe des englischen
Weltreichs! — Welche Bedeutung einer solchen imperia-
listischen Polizeitruppe zukommt, sieht man in Indien.

Der Finanzausschuß des Völkerbundes hat seine Be-
ratungen über die geplante Anleihe für Oesterreich abge-
schlossen und Vorschläge über die Bedingungen der Anleihe
ausgearbeitet. Diese Vorschläge werden, wie es heißt, in
den nächsten Wochen (!) dem Völkerbundsrat vorgelegt wer-
den. Wie lange wird es noch dauern, bis Oesterreich die von
allen Beteiligten als dringend notwendig anerkannte Anleihe
erhält?

Kohlenarbeiterstreik im belgischen Kohlengebiet.

Im belgischen Kohlengebiet von Mons, wo seit einigen
Tagen Teilstreiks um sich greifen, hat nunmehr die Berg-
arbeiterzentrale den allgemeinen Kohlenarbeiterstreik be-
schlossen; man rechnet mit dessen Beginn am Mittwoch.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

22) THEODOR PLIVIER.

Trude Müller sitzt über die Arbeit gebeugt. Millimeter
um Millimeter laufen die Nähte unter ihren Händen weg.
Und es ist gut, daß die Maschine surrt, daß die Nadel sich
unaufhörlich auf und ab bewegt und die graue Bahn unter
ihren Händen kein Ende zu nehmen scheint. Sie sieht nichts
mehr, nur dieses endlose feldgraue Tuch. Sie hört nicht, was
in den Wohnungen um sie herum vorgeht. Sie näht, bis es
dunkel wird. Sie beugt sich noch tiefer auf die Arbeit her-
unter und näht weiter. Bis der letzte Lichtschein verblaßt
ist, die vier Wände ihrer Stube enger aneinanderrücken und
die Dunkelheit wie ein schwerer Mantel auf ihren Schultern
liegt.

Mit trockenen Augen starrt sie auf den Hof.
Um elf Uhr abends hat der Schmied Lange die Tür seiner
Wohnung hinter sich zugeknallt. Aergerlich über seine Frau,
die immer das letzte Wort haben muß, und über seine Tochter,
die ihm diesen Kerl da, diesen Raumschuh, ins Haus bringen
will, stapft er die Treppe hinunter.

Auf dem Hof tappt er in einen Müllhaufen. Er schimpft
über den Hausverwalter und über die Müllabfuhrsgesellschaft.
„Miete einkassieren, weiter kann der nicht. Und wofür die
Müllabfuhr bloß ihr Geld kriegt, — da holt man sich ja noch
die Pest hier im Haus!“

Auch die Haustür schlägt er krachend hinter sich zu.
Nein, das gibt's nicht. Dafür hat er die Lucie nicht im
Haus behalten und sich das Geld für sie abgespart. Von jeder
Kriegsanleihe hat er einen Anteilschein für sie angelegt.
Das sind neun bis jetzt. Da hat er auf verschiedenes ver-
zichten müssen. Und es ging auch nur, weil er an den großen
Hammer gekommen ist und gut verdient hat. Und jetzt kommt
sie ihm mit so einem — — überhaupt, was weiß man denn
von ihm; ausgerückt ist er von zu Hause und zur See ge-
gangen, der ist gerade der Richtige! Und mit so verworrenen
Anschauungen: „... wie in Rußland muß es kommen, Ar-

In Lausanne dem Abschluß näher.

Die deutschen Zahlungsbedingungen.

S. H. Innenpolitische Schwierigkeiten — das Finanz-
programm der französischen Regierung war in Gefahr —
haben Herriot gezwungen, seinen Wochenendbesuch in Paris
länger auszudehnen, als er ursprünglich beabsichtigt hatte.
Für die französische Delegation in Lausanne war das der An-
laß, sich am Montag zurückzuhalten; die deutsche und die eng-
lische Delegation führten die Hauptverhandlungen, ohne dabei
zu einem Abschluß zu kommen.

Die Besprechungen zwischen Pape n und Mac Donald
haben die Situation immerhin in einigen Punkten geklärt, wenn
auch noch keine endgültigen Regelungen getroffen worden sind.

1. Es steht so gut wie fest, daß die Formel, auf die man
sich einigen wird, nicht mehr die Verkoppelung von Repara-
tions- und Kriegsschuldenzahlungen enthält. Von franzö-
sischer Seite, vor allem in der Presse, wird allerdings vor-
läufig noch der Standpunkt vertreten, daß die Ratifikation des
Vertrages mit Deutschland unter diesen Umständen bis zum
Herbst hinausgeschoben werden solle, damit vorher eine Rege-
lung mit Amerika getroffen werden könne.

2. Die von Deutschland geforderte Verkoppelung zwischen
der Reparations- und der Abrüstungsfrage ist aus der Dis-
kussion ausgeschaltet. Die deutsche Abordnung hat sich darauf
eingelassen, daß die Forderung der Gleichberechtigung in
Rüstungsfragen nur in Genf behandelt werden soll. Statt dessen
betont Pape n in Lausanne mit erneutem Nachdruck die Forde-
rung der Aufhebung des § 231 des Versailler Vertrages (Ver-
antwortlichkeit Deutschlands für die von den Alliierten im
Krieg erlittenen Schäden). Die englischen Abgeordneten sind
offenbar geneigt, diesem Verlangen nachzugeben und den Ab-
schnitt VIII des Versailler Vertrages, der auf diesem Para-
graphen aufgebaut ist, durch das Lausanner Abkommen zu er-
setzen. Die Entscheidung darüber wird bei Herriot liegen,
dem in diesem Anspruch eine wirklich großzügige Haltung zu-
gemutet wird. Denn in Frankreich, wo das Gefühl für die

„Heiligkeit der Verträge“ lebendig ist, wird man sich bewußt
sein, mit einer solchen Streichung den Vertragspartner von
dem Zugeständnis zu entbinden, auf dem die französischen An-
sprüche des Vertrags bisher aufgebaut waren.

3. Der dritte Punkt, der — sogar einwandfrei — feststeht,
ist die Tatsache, daß Deutschland eine Restsumme zahlen
wird, unter welchem Namen auch immer. Der Brüning'sche
„radikale“ Standpunkt: „Wir können nicht zahlen und werden
es nie können“, gehört endgültig der Vergangenheit an. Der
italienische Außenminister Grandi hat zwar am Montag in
einem Interview mit einem französischen Journalisten noch
einmal erklärt, er trete für den „coup d'éponge“ ein, d. h. für
die Lösung: „Schwamm drüber“, völlige Streichung der Repara-
tionen. Von politischer Bedeutung ist diese Erklärung aber
nicht mehr.

Der Hauptstreit in Lausanne geht nur noch um die Höhe
der Zahlungen und um die Frage, wie sie geleistet werden
sollen. Die Forderung der Gläubigermächte lautet bisher auf
4 Milliarden Mark; die deutsche Delegation redet von 2 Mil-
liarden, und — das ist angesichts der früheren Versicherungen,
daß eine weitere Zahlung wirtschaftlich untragbar sei, be-
sonders interessant — sie verzichtet dabei sogar auf das An-
gebot der Gläubigermächte, das Effektivwerden dieser Zah-
lungen von einer wirtschaftlichen Erholung Deutschlands ab-
hängig zu machen. Der Grund dafür liegt vermutlich in der
Überlegung, daß eine unbedingte Zahlung verünftiger Weise
niedriger angesetzt werden wird als eine bedingte. Im Hinter-
grund aller bisher gemachten Zahlenangaben steht die vor-
läufig immer noch ungelöste Frage, ob die aufgeschobenen Zah-
lungen des Hoover-Jahrs in die Restzahlung eingerechnet
werden sollen oder nicht.

Die Kurse an der Börse sind bereits erheblich hinauf-
gegangen.

Herriot vor dem Finanzausschuß.

Am Montag vormittag trat das französische Kabinett zu-
sammen, um die Abänderungsvorschläge des Finanzaus-
schusses an dem Finanzprogramm der Regierung durchzu-
sprechen. Das Ergebnis dieser Aussprache war der Beschluß,
daß Herriot persönlich dem Finanzausschuß ins Gewissen
reden und ihn zu einer erneuten Prüfung des Programms
auffordern sollte.

Am Montag nachmittag erschien Herriot infolgedessen
zusammen mit dem Haushaltsminister Palmade vor dem
Finanzausschuß und schilderte ihm die Lage der Regierung
und die Bedeutung des Haushaltsausgleichs. Die Regierung
stehe gegenwärtig vor drei Aufgaben: der Regelung der Re-
parationsfrage, der Regelung der Abrüstungsfrage und der
Sanierung des Haushalts. In der vom Finanzausschuß abge-
änderten Form könne er das Finanzprogramm unmöglich an-
nehmen. Er bitte deshalb um eine zweite Lesung der Re-
gierungsvorschläge in enger Zusammenarbeit mit Pal-
made. Die Vorschläge, zu denen der Ausschuß dann kommen
werde, sollten in der Kammer beraten werden, sobald er
selber in Lausanne ein Ergebnis erzielt habe und nach Paris
zurückkehren könne.

Der Finanzausschuß ging auf diese Forderung ein.
Unmittelbar nach diesem Erfolg fuhr Herriot nach
Lausanne zurück.

Zollkrieg gegen Irland.

m London, 4. Juli.

Der Minister für die Dominien, Thomas, brachte am
Montag im Unterhaus die angekündigte Finanzentscheidung
ein, durch die der Regierung Vollmachten erteilt werden,
Sonderzölle auf irische Einfuhren nach England bis zu
100 Prozent zu erheben, um den Betrag der von Irland ver-
weigerten Jahreszahlungen an England (in Höhe von rund
5 Millionen Pfund) einzutreiben.

Der Antrag der Opposition, mit Gegenmaßnahmen gegen
Irland bis zum Schiedsrichterspruch zu warten, wurde mit

321 gegen 43 Stimmen abgelehnt, ein weiterer Antrag, daß
Nahrungsmittel nicht unter die Vergeltung gegen Irland
fallen sollten, wurde mit 346 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Im späteren Verlauf der Aussprache traf plötzlich eine
unerwartete Nachricht ein. Der Oberkommissar des irischen
Freistaats in London schickte einen Brief, in dem er mit-
teilte, daß die auf Grund der Landabgaben eingegangenen
Gelder von der irischen Regierung auf ein besonderes Konto
gebucht worden seien, wo sie bis zu einer schiedsrichterlichen
Entscheidung verbleiben sollen. Wenn, so sagte daraufhin
Thomas, de Valera die Gelder auf diesem Sonderkonto
lasse, weil er glaube, daß eine schiedsrichterliche Entschlei-
dung stattfinden werde, so habe sich die Lage wesentlich
gebessert. Es handle sich freilich noch um die Streitfrage
der Zusammensetzung des Schiedsgerichts.

Das Gebet für die Händler.

In 50 Kirchen der Londoner City wird in dieser Woche
mittags öffentlich gebetet, daß der Himmel ein Einsich-
ten möge mit der Weltwirtschaftskrise. Alle in der City
beschäftigten Personen haben eine Einladung bekommen. Es
ist das erste Mal in der Geschichte der englischen Kirche,
daß eine solche Gebetswoche veranstaltet wird, so meldet
die Presse. Nie wäre es, wenn die „Schule für National-
ökonomie“, die auch in der City liegt, eine Konkurrenz-
vorlesung unternähme, die Arbeit an der Überwindung der
Krise dem Händelfalten zur Seite spränge? Die Erfolgs-
chancen würden steigen.

Nichtangriffspakt zwischen Polen und Rußland verschoben.

Bukarest, 4. Juli.

Der rumänische Gesandte in Warschau hat bei Pil-
sudski protestiert, daß Polen den Nichtangriffspakt
mit Rußland auf eigene Faust unterzeichnet. Pilsudski
ist daraufhin zurückgewichen und hat zugesagt, die Unter-
zeichnung zu verschleppen.

beiter- und Soldatenräte!“ Was so ein Rotzunge davon schon
versteht, der soll erst mal trocken hinter den Ohren werden!
Aber das kommt von diesen geheimen Aufwieglern, wie
dieser Doktor Duncker einer ist. Was kann denn der schon
von der Arbeiterbewegung verstehen! Wie in Rußland, —
jetzt, wo es vorwärtsgeht, wo unsere Leute Schritt um Schritt
die Macht erobern!

Gustav Bauer ist Minister geworden!
Genosse Scheidemann ist Staatssekretär!
„Für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein
Raum mehr!“ Das hat Fritz Ebert im Reichstag deutlich
genug erklärt. Jawohl, die Herrschaften werden noch Augen
machen!

Es geht vorwärts, das sieht doch ein Blinder.
Was wollen diese Schreier von der USP eigentlich, dieser
Brantechko zum Beispiel, der neue Helfer an seinem Ham-
mer, — jetzt, wo unsere Genossen die Amnestie durchgesetzt
haben, sogar Liebknecht ist aus dem Zuchthaus rausgelassen
worden! Es geht überall vorwärts! Und wie haben wir denn
angefangen? Zahlabende, Hausagitation, Abonnentenwerben,
Versammlungen, Demonstrationen, Flugzettel verteilen auf
dem Lande, und die Debatten in der Bude und in den Sitzun-
gen. Aber jetzt zeigt sich auch der Erfolg, und da heißt es
eben abwarten und die Entwicklung nicht stören!

Lange muß auf die Straßenbahn warten.
Mit einiger Verspätung kommt sie an. Die dick-
vermummte Gestalt am Führerstand ist eine Frau, auch der
Schaffnerdienst wird von einer Frau besorgt. Der Wagen ist
nur schwach besetzt und rumpelt entsetzlich. Die Fenster-
scheiben klirren, eine fehlt ganz. Alle Messingteile sind ab-
geschraubt, die Lederriemen abgeschnitten, auch die Beleuch-
tung ist miserabel. Lange hat unter der einzigen Birne Platz
gefunden; er holt seine Zeitung vor, faltet sie auseinander
und liest so gut es geht:

„Wilson für den Waffenstillstand — Sozialistische Ab-
geordnete bei Clemenceau — Zivilgewalt über Militärgewalt —
Ausdehnung der Amnestie — Die Schicksals-
stunde unseres Vaterlandes ist auch die Stunde äußerster
Pflichterfüllung, zeichnet die „Neunte“ — Kartoffelbuddler
gegen Mitnahme eines zwölften Zentners gesucht.“
Und da, das ist mal eine Nachricht: „Die Auflage des

„Vorwärts“ verdoppelt!“ „Die Grippe im Steigen. 1780 Neu-
erkrankungen gegen 1787 vom Vortage.“ „Gassperre — kein
Ausweg aus der Kohlennot.“ Aber Noske hat dem Kriegs-
minister Bescheid gesagt! Der wird es sich zweimal über-
legen, ehe er wieder eine Versammlung auflösen läßt — —

Lange hat nicht weit zu fahren.
Ecke Voltastraße steigt er aus.
Die hier liegende Abteilung der AEG nimmt fast die
ganze Straßenseite ein. Schiffsmaschinen, Kompressoren,
Turbinen, Generatoren werden hier gebaut. Ueber 6000 Ar-
beiter sind in dem weitem Bau beschäftigt. Jetzt ruht die
Arbeit in den meisten Abteilungen, nur hinter wenigen
Fenstern brennt Licht.

Die Schmiede liegt hinten auf dem Hof.
Lange nimmt seine Kontrollmarke vom schwarzen Brett.
Er tappt über den dunklen Hofplatz und die paar Stufen zur
Garderobe hinunter. Ein niedriger Baum mit einer langen,
eisernen Waschrinne in der Mitte; darüber hängt eine ver-
gitterte Lampe. Die Schränke an den Wänden liegen fast im
Dunkeln. Die dreißig Mann der Nachtablösung, haben sich
nacheinander eingefunden und sind dabei, ihre Kleider auszu-
ziehen und die von altem Schweiß steifen Arbeitsbrocken über-
zuströfen.

Einige sind mit Umziehen schon fertig.
Sie sitzen herum, rauchen oder dösen.
Zwei Minuten vor zwölf ertönt die Klingel.
Die Leute klopfen ihre Tabakspfeifen aus und verschließen
ihre Spindtüren. Am Ausgang staut sich der Haufen. Und
die ganze Zeit über wird kaum gesprochen. Nur der dumpfe
Rhythmus der schweren Hämmer durchzittert die Luft und
übertönt jetzt, wo die Türen zur Schmiede offenstehen, alles
andere.

Auch die Arbeit wird schweigend aufgenommen.
Lange bedient den großen Hammer I.
Mit drei Helfern löst er seinen Vorgänger von der anderen
Schicht ab. Er hebt seinen Arm und zieht ein Kontergewicht.
Die Ofenklappe geht auf. Der Helfer Brantechko schiebt einen
Karren an das Loch heran. Die beiden anderen packen mit
langen Zangen einen Metallblock, ziehen die glühende Masse
auf den Karren und schaffen sie zum Dampfhammer.
(Fortsetzung folgt.)

Woran Preußen spart.

Der preußische Staatshaushalt für 1932 wies bekanntlich zunächst einen Fehlbetrag von 134 Millionen Mark auf. Nachdem das Reich angeblich keine Mittel hat, um an Preußen den Kaufpreis für Überlassung der preußischen Anteile an den Siedlungs-Instituten zu bezahlen, wurde die Schlachtsteuer und die Einrichtung einer Zwangssparkasse für die preußischen Beamten beschlossen, um so den größten Teil der Lücke zu schließen. Der Rest des Fehlbetrags soll durch Streichungen von Sachausgaben in Höhe von 24 Millionen Mark beseitigt werden.

Unter anderem wurden folgende Kürzungen vorgenommen:	um Mark	auf Mark
Neubau öffentlicher Wege in den Forsten	150 000	2 950 000
Kosten der Gemeinde- und Polizeiverwaltung in staatlichen Guts- und Amtsbezirken	500 000	14 500 000
Geschäftsbedürfnisse beim Staatsministerium	15 800	
Wohnungsbeihilfen beim Innenministerium	250 000	500 000
Meliorationswesen	25 000	1 075 000
Landwirtschaftliches Schulwesen	29 000	108 000
Förderung der Viehzucht	63 250	569 250
Zuschüsse für Universitäten	10 %	
Kunstpersonal	128 540	385 000
Theaterbetriebskosten	101 850	62 000
Zuschüsse für private höhere Mädchenschulen	450 000	1 000 000
Schulbauunterstützungen an leistungsschwache Schulverbände	1 000 000	0
Notstandsbeihilfen an Lehrer und Lehrerinnen im Ruhestand und Hinterbliebene	500 000	607 000
Zuwendungen an Kirchen	2 469 000	
Wissenschaft	891 000	
Volksbildung	2 632 840	
Fürsorge für Studenten	96 000	89 000
Ausgaben für Staatsschuld (wegen Zinsenkenkung)	6 000 000	21 000 000

Im Kultushaushalt sind offenbar die stärksten Einsparungen vorgenommen worden. Daß dabei auch die Kirche rund 2 1/2 Millionen Mark verliert, ist natürlich erfreulich. Ihr bleibt aber noch ein Vielfaches dieser Summe. — Während den privaten höheren Mädchenschulen nur ein Drittel der Zuschüsse gestrichen wurde, wurde der Betrag, mit dem leistungsschwachen Schulverbänden der Bau von Schulen erleichtert werden sollte, völlig gestrichen.

Wie man jetzt erst hört, hat sich der Reichs-Preiskommissar Dr. Goerdeler bemitleidet gefühlt, dem preußischen Ministerpräsidenten Ende Juni zu schreiben, um ihn auf die großen Gefahren hinzuweisen, die durch Einführung der Schlachtsteuer gerade im jetzigen Augenblick heraufbeschworen werden. Hat Herr Goerdeler an diejenigen Mitglieder der Reichsregierung, die verantwortlich sind für die Einführung der Salzsteuer, für die Abschaffung der Umsatzsteuerfreigrenze, ferner an diejenigen, die verantwortlich sind für die Hochhaltung der Getreidepreise, ferner zum Beispiel für die Erhöhung des Speck- und Schmalzzolles, für

Mechanische Rechnungen oder zündende Funken!

Ein „ehemaliger Volksbeauftragter“ über Listenverbindung.

Hk. Zu dem Vorschlag der Listenverbindung zwischen SPD und KPD hat Dittmann im „Vorwärts“ vom Sonntag wenig überzeugende, ja oberflächliche Ausführungen gemacht.

Er legt dar, daß SPD und KPD zusammen bei den vorigen Reichstagswahlen, wenn sie Listenverbindung auf der Reichsliste vereinbart hätten, ein Mandat weniger erhalten haben würden, als sie in Wirklichkeit erhalten haben. Das erklärt sich so: die SPD hatte damals 55 343 Reststimmen auf der Reichsliste, die KPD 30 179 Reststimmen. Die Regel ist, daß auf je 60 000 Stimmen ein Mandat entfällt, und außerdem ein Mandat auf den dann übrig bleibenden Rest, wenn dieser 30 000 Stimmen übersteigt. Nach dieser Regel erhielt 1930 also sowohl die SPD wie die KPD aus ihren Reststimmen ein Mandat. Hätten die beiden Parteien Listenverbindung vereinbart, so hätten sie auf ihrer gemeinsamen Reichsliste 85 522 Reststimmen gehabt, also nach der angeführten Regel aus diesen Reststimmen zusammen nur ein Mandat bekommen.

Hieraus schließt Dittmann: „Listenverbindung zwischen zwei großen Parteien ... hat keinen Sinn, kann sogar ... direkten Schaden bringen!“

Anders sei es bei einer kleinen Partei. Denn zu der oben angegebenen Regel über die Auswertung der Reststimmen tritt die Bestimmung hinzu, daß jeder Partei auf der Reichsliste höchstens so viele Mandate zugeteilt werden dürfen, als sie im ganzen in den einzelnen Wahlkreisen erworben hat.

Wie „tiefgründig“ Dittmanns Ausführungen sind, erhellt aus einer einfachen Konsequenz: nach seiner Argumentation wäre es für die SPD am vorteilhaftesten, sich wahlkreisweise in verschiedene immer noch hinreichend große Parteien zu spalten, sagen wir, in eine Rheinische Sozialdemokratische Partei, eine Bayerische Sozialdemokratische Partei u. s. w., und dann mit diesen Parteien ohne Listenverbindung auf der Reichsliste in den Wahlkampf zu ziehen. —

Dittmann hat den Sinn eines einheitlichen Vorgehens im Wahlkampf völlig übersehen. Der Sinn ist, wie die Angestellten-Funktionäre der Berliner Elektrizitätswerke es in ihrer Resolution sagten: „Schafft die Begeisterungswelle, auf die Zehntausende von Funktionären warten ...!“ Wir fügen hinzu: und Hundert Millionen Arbeiter! Der Auftrieb an Mut, der

wie ein Funke

die Arbeiterschaft durchzucken würde, wenn sie den Entschluß der Führer sähe, in der Gefahr zusammenzustehen, dieser Auftrieb würde Hunderttausende beiseite Stehender wieder in die Kampffront bringen; ja, er würde auch aus der Front der Nazis viele Arbeiter herausreißen, die jetzt dort sind, weil sie

bei den NS die Entschlossenheit zu finden glauben, die sie bei den Parteien der Arbeiterschaft vermissen.

Der wohlverstandene Mandats-Egoismus müßte also bereits den sozialdemokratischen und kommunistischen Führern ein gemeinsames Vorgehen im Wahlkampf nahelegen.

Wir haben von Anfang an das Zusammengehen der Arbeiterparteien im Wahlkampf in der Form

gemeinsamer Listen in allen Wahlkreisen

vorgeschlagen. Erst dieser große Schritt würde kraftvoll den Funken zur Entzündung bringen, die Begeisterungswelle schaffen. Denn erst durch ein so enges Zusammengehen im Wahlkampf wäre es weitgehend ausgeschlossen, daß die beiden Parteien in ihren Versammlungen sich befänden, anstatt gemeinsam für das im Augenblick notwendige Bündnis zu werben und gegen den gemeinsamen Gegner zu kämpfen.

Die geringere Forderung: Listenverbindung auf der Reichsliste, würde es zulassen, daß die beiden Parteien, die in den Wahlkreisen getrennt marschieren, dort — wie sie es gewohnt sind — gegen einander schlagen. Wenn aber dieses Unglück nicht vermieden wird, woher soll dann die Begeisterungswelle kommen?

Der Vorschlag der Listenverbindung auf der Reichsliste ist also nur ein unzureichender Ersatz für die von uns geforderte gemeinsame Arbeiterliste.

Wenn die Nationalsozialisten ...

In Nienburg an der Weser sprach am Sonntag Severing. Er sagte unter anderem:

Wenn der Nationalsozialismus durch die Tat beweise, daß er fruchtbare Arbeit zu leisten imstande sei, würde die SPD ihm die Anerkennung nicht versagen.

Man könne 13 Millionen Wähler nicht ignorieren und bei der Mitarbeit am Staat ablehnen.

Severing erklärte schließlich, er werde nicht von seinem Posten weichen, ehe ein Nachfolger auf gesetzmäßigem Wege bestimmt sei. Es sei nötig, die Bastionen des demokratischen Staates so lange wie irgend möglich zu halten. Den augenblicklich regierenden Männern sei nicht abzusprechen, daß sie gute Patrioten und von dem Glauben an den Erfolg ihrer Arbeit besetzt seien, aber sie müßten ihren Patriotismus nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat beweisen.

Die Objektivität Severings, wenn er nach rechts guckt, ist grenzenlos, seine Sturheit nach links desgleichen.

die Erhöhung des Maismonopolpreises u. s. w. u. s. w., — hat er an all diese Herren ähnliche Briefe geschrieben? Wenn nicht, dann täte Braun gut, sich den Brief des deutschen nationalen Herrn als unzulässige Einnischung zu verbitten.

Brüning im Wahlkampf.

Das Zentrum hat am Sonntag den Wahlkampf mit Nachdruck eröffnet. Brüning steht in der vordersten Linie; seit Sonntag reist er im Rheinland von einer Versammlung zur

ändern. Den erforderlichen Agitationsstoff liefert ihm freigebig die Regierung Papen, deren Notverordnung die seinen an Härte gegenüber der Arbeiterschaft übertrifft und die nicht einmal außenpolitisch einen Schritt über das von ihm Erreichte hinaus tut; trotz aller Angriffe, die die Rechte seiner Zeit gegen Brünings „schlappe Haltung“ richtete.

Diese Kritik ist berechtigt; sie ergibt sich für den, der die Vorgänge seit dem Regierungswechsel mit offenen Augen verfolgt hat, von selber. Daß sie noch nicht hinreicht, das Zentrum zu empfehlen, hat Brüning selber in einer seiner Wahlreden bescheinigt, in der er, der Kanzler des Art. 48, der Katholik und Vertreter des Zentrums, die Behauptung aufgestellt hat: Die Demokratie sei die Staatsform, die für ein kulturell und politisch hochstehendes Volk die geeignetste sei.

Die katholische Kirche weiß, warum sie nicht demokratisch arbeitet, und Brüning weiß, was er am Art. 48 hatte. Wenn er im Wahlkampf als Verteidiger oder gar Retter der Demokratie auftreten will, so kann das nur die Bedeutung eines Wahlmanövers haben.

Wieder ein Todesopfer in Essen.

Das Blutbad auf dem Sportplatz.

R. L. Essen, 3. Juli.

Zu dem Polizeibericht über die Zusammenstöße von Teilnehmern an der Ruhr-Spartakiade mit der Polizei teilt die Landesleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit folgendes mit:

„Es ist unrichtig, daß an dem Zusammenstoß die Organisation der roten Sportler beteiligt war. Wir stellen fest, daß zur Zeit der Zusammenstöße bereits der disziplinierte Einmarsch der Sportler ins Stadion beendet war und sowohl die offiziellen Reden wie das sportliche Programm bereits im Gange waren.“

Augenzeugenberichte besagen, daß in den Straßen des Zusammenstoßes faschistische Provokateure am Werk waren.

Wir ersuchen die gesamte werktätige Bevölkerung Essens, uns sofort Mitteilungen über die nationalistischen Provokationen zu machen.“

Die Demonstration zum Stadion war polizeilich genehmigt. Sie stand unter dem Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus.

Die Demonstration wurde — angeblich wegen Singens verbotener Lieder —, nachdem der größte Teil der Demonstranten schon auf dem Platz war, von der Polizei gesprengt.

Als die Massen der aufgelösten Demonstration zum Sportplatz drängten, auf dem Wettkämpfe gezeigt wurden, kam es wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Erregtheit übertrug sich auf diejenigen, die schon auf dem Sportplatz waren; viele drängten vom Platz auf die Straße. Von den Funktionären des Antifaschistischen Kampfbundes wurde die Straße abgeriegelt, um ein Zurückströmen vom Platz zu verhindern. Plötzlich fielen Schüsse, worauf einige Salven abgegeben wurden.

Wer hat zuerst geschossen? Polizei? Rote Sportler? Nazi-Provokateure? Das steht noch nicht fest und ist auch nicht allein entscheidend. Es gibt andere Arten der Provokation als das Schießen.

Augenzeugen berichten, daß sich der Offizier des Polizeiwagens IX 81 984 im Gegensatz zu anderen Polizeioffizieren unerhört provozierend benommen hätte. Der Offizier hätte sich weit aus dem Wagen herauslehnd, ständig mit dem Gummiknüppel in der Hand die Demonstranten bedroht, die zuerst noch ruhig waren.

Nachdem die Salven gefallen waren, habe es dann Steine und Scherben nur so gehagelt.

Bisher sind 25 Verletzte, zum Teil Schwerverletzte, ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die Arbeitersamariter leisteten die erste Hilfe. Aber auch die Samariter wurden von der Polizei angegriffen. Ein Samariter wurde auch durch Schüsse verletzt. Von den Arbeitersamaritern wurden etwa 40 Personen verbunden.

Nach dem Zusammenstoß wurde die Spartakiade sofort verboten. Der Sportplatz wurde von karabinertragenden Polizisten gesperrt, und sämtliche Teilnehmer wurden einzeln nach Waffen untersucht. Die Polizei meldet, daß auf dem Platz, nachdem er geräumt war, einige Pistolen, Dolche, Schlagringe gefunden wurden.

Auch dazu erhebt sich wieder die Frage: wieviele von diesen Waffen sind durch nationalsozialistische Provokateure auf den Platz transportiert worden? Zur Frage der Provokateure steht soviel fest, daß die Nazi-Zeitung tagelang gegen die Spartakiade gehetzt hatte.

1 Essen, 4. Juli.

In der Nacht nach dem Blutbad beim Sportplatz und am Montag fanden in Essen mehrere Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei statt.

Der 24jährige Hans Schneider wurde durch Schüsse der Polizei getötet.

SA steigt im Preis. Zahlungsmittel: Blut. Wieder zwei Arbeiter tot.

Wie die Mindener Polizei berichtet, wurde der Schlosser Ridowski in Minden in der Nacht zum Dienstag beim Verlassen einer Kneipe von SS-Leuten, die sich auf der Straße befanden, erschossen. Er starb im Krankenhaus.

In Berlin am Kottbuser Tor kam am Montag abend ein Polizeibeamter zu einer Schlägerei mit NS hinzu. Der Beamte, wie behauptet wird, angegriffen, schoß den 58jährigen Arbeiter Kubath in die Herzgegend. Kubath starb im Urban-Krankenhaus.

Weitere blutige Auseinandersetzungen unter Beteiligung von Nazis ereigneten sich in Berlin, Forst (Lausitz), Frankfurt a. Main und in der Nähe von Stuttgart in den Orten Biberach, Feuerbach und Villingen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Wedding: Mittwoch, 6. Juli, 20 Uhr, Gasthaus Domke, Hochstädter Str. 23. Thema: Das Volksgehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bremen: Donnerstag, 7. Juli, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, 1. Thema: Das Wüten des Faschismus in Braunschweig! Was lehren uns die Braunschweiger Erfahrungen? Redner: Gen. Walter Probst (Braunschweig).

Freie Aussprache **Eintritt frei**

Essen: Mittwoch, den 6. Juli, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Kastanienallee. Thema: Naziterror in Braunschweig. Redner: Genosse Probst, Braunschweig. Eintritt 10 Pf. Für Erwerbslose frei.

Hamburg-Altona: Freitag, 8. Juli, 20.15 Uhr, im kl. Saal bei Wachtmann, Große Freiheit 66/68. Thema: Die Naziherrschaft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 9. Juli, 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, Beim alten Schützenhof 4. Thema: Die Naziherrschaft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Köln: Internationale Kundgebung gegen Krieg und Reaktion.

Es sprechen: Minna Specht, Berlin; René Bertholet, Paris; Edith Moore, London. Am Sonnabend, den 9. Juli 1932, in der Rheinlandloge, Cäcilienstraße. Eintritt 30 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Beginn 20.15 Uhr.

Ein erfolgreicher Streik in Frankreich.

Bkm Paris, 2. Juli.

Gestern wurde in Aubervilliers der Streik der Hutmacher nach dreiwöchiger Dauer beendet. Der Streik, der von der freigewerkschaftlichen CGT geführt wurde, war sehr erfolgreich für die Arbeiter. Die Stundenlöhne werden um 0,25 bis 1 Franc (4 bis 16 Pfennig) heraufgesetzt; Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Dieses Ergebnis ist besonders bemerkenswert, da ja jetzt die meisten Wirtschaftskämpfe nicht um die Erhöhung, sondern um die Abwehr der Senkung von Löhnen gehen.

Bauernrevolten in Ostgalizien.

Aus Warschau werden neue Bauernunruhen gemeldet, die zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führten. Anscheinend auf kommunistische Werbetätigkeit hin griffen die Bauern die Großgrundbesitzer der Umgebung an, stürmten die Gutshöfe und vertrieben die Besitzer. In den Kämpfen mit der Polizei sind fünf Personen getötet worden, viele verletzt. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Beabsichtigter Lohnabbau in Polen.

B-i. Die Lohnabbauwelle hält an. Nach einem neuen Gehaltsabbau der Staatsbeamten (außer in Warschau) ist jetzt ein Lohnabbau bei den Angestellten der Städtischen Werke (Straßenbahn, Wasser- und Gaswerke) beabsichtigt, dem Vernehmen nach bis 50 Prozent. Da die Arbeiter und Angestellten dem nicht zustimmen, sind in nächster Zeit scharfe Lohnkämpfe zu erwarten.

Politischer Mord in Polen.

B-i. Am 23. Juni wurde im Stations-Restaurant von Szczakowa der Genosse Poczowski, ein Mitglied des Chemiearbeiter-Verbandes, von dem bekannten faschistischen Provokateur Czuma ermordet. Obwohl der Mord in voller Öffentlichkeit in vichischer Weise geschah, sind weder Czuma noch seine Helfer bis jetzt verhaftet worden. Poczowski hinterläßt eine Frau und drei Kinder. Sein Mörder Czuma war der Gründer der sogenannten PPS-Linken, in deren Namen er auch mit der in Polen verbotenen kommunistischen Partei unterhandelte. Die PPS-Linke wurde verboten, ihre Führer verhaftet und verurteilt. In diesem Prozeß zeigte sich, daß Czuma ein bezahlter Provokateur war. Jetzt ist er Mitglied der Regierungspartei und einer der Führer der faschistischen Gewerkschaften.

Zum Tode verurteilt wurden von dem Schnellgericht in Rowne (Volyn-Distrikt, Polen) zwei der Spionage für Rußland Angeklagte. Das ist nur eine der zahlreichen Verurteilungen, die unter dem gleichen Vorwand in letzter Zeit in Ost-Polen erfolgt sind.

Berufungsverhandlung im Betrugsprozeß der Evang. Zentralbank.

Der dritte Große Strafkammer beim Landgericht begann am Montag die mehrtägige Berufungsverhandlung gegen den Kaufmann Friedrich Paul Runck, der Vorstandsmittglied der Evangelischen Zentralbank war und gegen dessen Bruder, den Diplomkaufmann Adolf Runck, der als Bevollmächtigter für die Evangelische Zentralbank tätig gewesen war. Die beiden Brüder Runck werden beschuldigt, das Vermögen der Inneren Mission bzw. des Deutschen Reiches und das Vermögen der Bau- und Bodenbank um eine Million Mark geschädigt und den Zusammenbruch der Evangelischen

Zur Frage der Schwangerschaftsverhütung.

Eine natürliche Methode — empfängnisfreie Tage.

M.H. Der Protest gegen das Fortbestehen des Paragraphen 218 wird nicht nur von allen fortschrittlichen Aerzten, sondern aus allen Volkskreisen, und vor allem — wenn auch oft unhörbar in der Öffentlichkeit — von Millionen gequälter Frauen erhoben. Trotzdem müssen wir, solange die Reaktion auf allen Gebieten triumphiert, damit rechnen, daß dieser Paragraph vorläufig nicht nur erhalten bleibt, sondern vielleicht sogar wieder verschärft wird. Die NS haben ja schon die Absicht geäußert, auf Vergehen gegen das Gesetz die Todesstrafe einzuführen! Und die katholische Kirche hält — nach dem Rundschreiben des Papstes über die christliche Ehe (von 1931) — sogar die „medizinische Indikation“ für unzulässig.

Um so wichtiger ist für die Arbeiterschaft die Kenntnis unschädlicher geburtenverhütender Methoden, wie ja überhaupt die Beseitigung der Abtreibung durch Geburtenverhütung, und nicht durch grausame und überdies unwirksame Strafgesetzparagraphen von allen gefordert werden muß, die zur Abschaffung des Paragraphen 218 aufrufen. In der Erforschung solcher Methoden und ihrer Verbreitung liegt eine positive Aufgabe für die Aerzte, die ihnen ermöglicht, den Frauen zu helfen, ohne in Konflikt mit dem Strafbuch zu geraten.

In letzter Zeit ist in medizinischen Kreisen eine natürliche Methode zur Schwangerschaftsverhütung erörtert worden, über deren Wirksamkeit allerdings die Diskussion in Fachkreisen noch nicht abgeschlossen ist. Immerhin ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß in der Nachprüfung und weiteren Erforschung dieses Weges jedenfalls eine Aufgabe für die Aerzte liegt. Es handelt sich um die Methode OGINO und KNAUS, zweier Aerzte aus Japan und Oesterreich, die unabhängig voneinander zu gleichen Ergebnissen gekommen sind. Sie sind der Ansicht, daß bei der gesunden Frau zwischen zwei Menstruationen ein genau bestimmbarer Zeitschnitt liegt, in dem eine Schwangerschaft aus natürlichen Gründen unmöglich ist. Sie sagen, daß jeweils zwischen dem 16. und 12. Tag vor der zu erwartenden nächsten Menstruation ein Ei aus den Eierstöcken abgestoßen wird, das in der Ge-

bärmutter aber nur höchstens 24 Stunden befruchtungsfähig bleibt. Kommt nun während dieser Zeit keine Befruchtung zustande, so wird die Eizelle bei der nächsten Menstruation aus der Gebärmutter abgestoßen. Eine Befruchtung kann also nur an einem Tage erfolgen, der zwischen dem 16. und 11. Tage vor der Menstruation liegt. Da auch die männlichen Samenfäden ihre Fähigkeit zum Befruchten nach höchstens drei Tagen im weiblichen Körper einbüßen — gerade dies wird von anderen noch bestritten —, so kann ein Geschlechtsverkehr bei der gesunden Frau nur an vier Tagen zu einer Empfängnis führen, die irgendwo zwischen dem 19. und 11. Tage vor der nächsten zu erwartenden Menstruation liegen. KNAUS hat einen Konzeptions-Kalender (Empfängnis-Kalender) aufgestellt, der es den Frauen ermöglichen soll, die Tage zu errechnen, an denen eine Empfängnis unmöglich ist. Kleinere Schwankungen der Abstände bei den Menstruationen sind dabei berücksichtigt. Für Frauen, deren Menstruation in unregelmäßigen Abständen eintritt, ist diese Methode dagegen jedenfalls nicht brauchbar.

Es ist interessant, daß die Methode von OGINO-KNAUS vor allem von katholischer Seite propagiert wird, da ja die sexuelle Enthaltsamkeit das einzige von der katholischen Kirche erlaubte Mittel zur Geburtenregelung ist. Ein holländischer Frauenarzt, SMULDERS, hat ein Buch „Periodische Enthaltung in der Ehe“ veröffentlicht, in dem er aus seiner Praxis die Richtigkeit der empfängnisfreien Tage bestätigt. Dies Buch ist mit kirchlicher Druckerlaubnis auch in deutscher Sprache erschienen. Die „Liga für Mutterschutz“, eine vor allem in der linksstehenden Arbeiterschaft verbreitete Organisation für „bewußte Geburtenregelung“, hat angeregt, daß ein Kongreß von Aerzten, die an dieser Frage interessiert sind, sich mit der Methode von KNAUS-OGINO auseinandersetzen sollte. Es ist sehr zu wünschen, daß dies geschieht. Gerade alle die, die kaum das Nötige zum Leben haben, sind interessiert an solchen Wegen zur Schwangerschaftsverhütung, die kein Geld kosten und jede reklametüchtige Industrie ausschalten. — ganz abgesehen davon, daß der Anwendung jedes, auch des besten *mechanischen* Mittels berechtigter, vor allem ästhetische Bedenken entgegenstehen.

Zentralbank herbeigeführt zu haben. Friedrich Paul Runck wurde in erster Instanz wegen Depotverbrechens und Bilanzverschleierung zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis, Adolf Runck wegen Beihilfe zum Depotverbrechen und wegen Betruges zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil ist sowohl von der Staatsanwaltschaft, die gegen Friedrich Paul Runck eine Zuchthausstrafe beantragt hatte, als auch von den beiden Verurteilten Berufung eingelegt worden.

Kurmöglichkeit in Berlin-Oberschöneweide.

Das Bezirksamt Treptow hat am 1. Juni die Tageskurstätte für Frauen wieder eröffnet, die, auf der einen Seite von der Wuhlheide, auf der anderen von der Spree begrenzt, eine besonders anziehende Lage hat. Tagespatienten erhalten drei, Patienten, die ganz in der Kuranstalt wohnen, fünf kräftige Mahlzeiten am Tag. Das Heim hat Liegehallen, Anlagen für Besichtigung mit Höhenzönne, eine Planschwimmbad in der Spree.

Aufnahmeanträge sind an das Bezirksgesundheitsamt, Treptow in Berlin-Oberschöneweide, Luisenstr. 33, zu richten.

Hindenburg ist noch nicht, wie wir irrtümlich in unserer Sonntag-Nummer geschrieben, nach Neudeck abgereist. Er ist noch in Berlin und wird voraussichtlich im Laufe dieser Woche für einige Wochen nach Neudeck fahren.

Ueber den Erlaß einer neuen Pressenotverordnung, auf Grund deren Zeitungsverbote direkt vom Reich erlassen werden könnten, sind Gerichte im Umlauf. Die Telegraphen-Union teilt mit, diese Absicht werde „an zuständiger Stelle“ demüthigt.

„Die Lage des jungen Geistesarbeiters“

Über dies Thema spricht vor der „Arbeitsgemeinschaft für Industriereform“ Mittwoch, den 6. Juli, 20.20 Uhr, Dr. F. Pinkus-Fladau im „Institut für Betriebssoziologie“, Franklinstr. 6. (Stadtbahn: Tiergarten; U-Bahn: Am Knie.) Freie Diskussion. Eintritt frei.

Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135, I, Tel.: Bergmann 8786.

TV. Die Naturfreunde, Abteilung Rosenthaler Vorstand: Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 7. Juli, Schule Weismittelstr. 16/17. Tagesordnung: Wie verteidigt sich der Proletariat vor Polizei und Gericht? Referent: Genosse Strobel (HIV).

Komitee zur Rettung von Moonoy und Billings: Plenarsitzung aller dem Komitee angeschlossenen Organisationen am Mittwoch, dem 6. Juli, um 8 Uhr, im Sekretariat Wilhelmstr. 135, I. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, wird vollständiges Erscheinen aller Organisationsvertreter erwartet.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7-Jahnwitz 5809. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

*

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Erstklassige **Maßarbeit**
Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.r. I
Stoffmuster
vorrätig

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinlekdorf, Residenzstr. 97/98
Telefon D 6 Weddina 2358
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Bernstraße 8.
Telephon: 23 53 42.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Wacht Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserate!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt **A. Janiszewski**
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelaummer F1 Moritzplatz 847



MAGDEBURG

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24
Friskost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.
5. Juli: Czinner: **Ariane**
mit Elisabeth Bergner, Rudolf
Forster, Theodor Loos.
Ab 6. Juli: C. Th. Dröyer: **Die seltsamen
Erfahrungen des David Gray
(Vampir).**
Anfangszeitung: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Indien in der Zange

Von KARL HINKEL

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten.
Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

Aus den Presse-Urteilen:

„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine verblüffend — diese Tatsachen — die zum Teil wohl unbekannt sind — müßten jedem Menschen die Augen öffnen über die Verhältnisse der kapitalistischen Welt. ... Zusammenfassend: Man lese es mit Kritik, und man wird Wertvolles gewonnen haben.“

„Das Andere Deutschland“, Nr. 26, 25. Juni 1932.

„Zum wohltuenden Unterschied von der durch die Gandhi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen. ... Auch mit den Vorschlägen für die Beseitigung dieser Uebelstände, die Hinkel anzeigt, werden sich wohl die meisten Leser einverstanden erklären können.“

„Die Intern. Gewerkschaftsbew.“ (Herausg. v. I.G.B.) 12. Jahrg. Juni 1932, Nr. 6.
„In diesem Buch werden Tatsachen aus dem Leben des indischen Volkes, die dem Europäer in weitem Maße unbekannt sind, berichtet.“
„Arbeit und Wirtschaft“, 1. Juni 1932.

„Die Auseinandersetzung mit Gandhis wirtschaftlichen und politischen Lehren wird besonderes Interesse finden, zumal sie auf Grund von Gesprächen mit Gandhi und seinen Schülern erfolgt.“

„Volksblatt“ (Bochum) Nr. 105, 6. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 81.842.

Der Kongreß gegen den Krieg.

M. S. Unter der Führung von Romain Rolland und Henri Barbusse, die eine Reihe in der Öffentlichkeit bekannter Männer und Frauen hinter sich versammelt haben, ist der Plan gefaßt worden, am 28. Juli in Genf einen Welt-Kongreß gegen den Krieg abzuhalten. Viele Organisationen, pazifistische und politisch-radikale, haben ihre Wirkung zugesagt. Barbusse hat in einem Aufruf Arbeiter und Intellektuelle, Einzelpersonen und Organisationen aller Richtungen aufgefordert, sich dem bisherigen Ausschuß anzuschließen und Delegierte nach Genf zu schicken. Er schreibt:

„Der Kongreß am 28. Juli wird es sich ausdrücklich versagen, politische Debatten zuzulassen, die die Parteien irgendwie in Konflikt bringen könnten. Er wird lediglich die Tatsache des Krieges, und die praktischen Mittel, sich ihm zu widersetzen, beraten.“

Das Komitee bittet alle, die in ihren Kreisen Listen verteilen wollen (die ihnen zur Verfügung gestellt werden), und die die Organisation eines Propaganda-Komitees übernehmen möchten, sich mit ihren Anfragen an Henri Barbusse, Aumont par Senlis, zu wenden.

Henri Barbusse hat sich jetzt in einem zweiten Rundschreiben an die Öffentlichkeit gewandt. Er geht darin auf den Einwand ein, daß man in dieser Zeit durch den Kongreß, der im wesentlichen nur einen Appell aller Friedensfreunde darstellen könne, nichts zur Verhinderung des Krieges tue.

Vor zehn Jahren haben Romain Rolland und Barbusse in einem offenen Briefwechsel miteinander die Frage zu klären versucht, was akut zu tun sei. Barbusse erhob damals den Vorwurf, daß Rolland auf halbem Wege stehen bleibe, daß er nur „die eine Hälfte der Pflicht“ erfülle. Er forderte von ihm, „die andere Hälfte der Pflicht“ auch zu übernehmen und sich auf die Seite derjenigen zu stellen, die die Neuordnung der Gesellschaft organisieren, die das verdrängen wollen, was nicht mehr sein soll. „Die Rolle der bloßen Moralisten ist negativ. Sie kommen, wenn die Würfel gefallen sind, und sind verurteilt, immer erst dann zu kommen, wenn der Zusammenbruch schon begonnen hat, wenn die Kriegsflacke bereits angefaßt und nicht mehr zu löschen ist und der rasende Mord die Soldaten Reihe um Reihe dahinführt. ... Wir müssen heraus aus dieser vornehmen, aber schrecklichen Passivität.“

So mahnte Barbusse bereits vor Jahren. Heute hat sich Rolland neben ihm gestellt, um die Passivität der Intellektuellen zu überwinden. Wir werden später noch selber dazu Stellung nehmen, wie weit wir mit Barbusse einverstanden sind und welche Vorschläge wir seinen Plänen hinzuzufügen haben. Wir drucken heute die wesentlichsten Stellen aus dem neuen Aufruf von Barbusse ab, um unsere Leser anzurufen, sich über die Vorschläge von Barbusse Rechenschaft zu geben und zu ihnen Stellung zu nehmen.

„... Es ist wahr, daß schon viele pazifistische Veranstaltungen stattgefunden haben, unzählige Proteste gegen das Massenblutbad erhoben wurden, nachdem erkannt worden ist, daß der letzte Krieg nicht das Ende, sondern den Anfang eines Zyklus darstellt. Beredete Klagen sind laut geworden, die feurigsten Bittschriften verfaßt, ohne daß diese Beweise des guten Willens irgend eine Wirkung gehabt hätten. „Die ganze Welt will den Frieden“ — zweifellos, aber häufig ist die Art und Weise, in der wohlmeinende Wähler die Republik „wünschen“, zu unbestimmt und ungeschickt.“

Unsere Weltkundgebung, die wir mit unserem „Aufruf an Alle“ einleiten, soll all die Einzelveranstaltungen, die ohne Einfluß geblieben sind, zusammenfassen, sie ergänzen und die fruchtlosen Klagen, die schönen, vergeblichen, sentimental, moralischen und mystischen Allgemeinplätze beiseite lassen, um daraus einen einheitlichen Willen, einen bewußten Protest zu formen.

Unsere erste Aufgabe besteht darin, dem Sehnen, das um uns vorhanden ist, (der ungeheure Zustrom von Beitritts-erklärungen ist uns ein rührender Beweis dafür) einen praktischen Sinn zu geben.

Zu diesem Zweck müssen wir uns die gegenwärtigen geschichtlichen Tatsachen vor Augen führen, die selbst von den Blindesten erkannt werden müssen. Um die Tatsachen zu beherrschen, muß man zuerst klar ihre Ursachen ableiten und sie nicht nur in dem Chaos ihrer Folgeerscheinungen betrachten (in dem so viele ausgezeichnete Geister sich verlieren.)

Die grundlegende gegenwärtige Tatsache ist die, daß die Gesellschaft in einer ständig steigenden Wirtschaftskrise versinkt; die unerbittliche Statistik zeigt uns von Tag zu Tag das Tempo an, in dem die Krankheit fortschreitet. Das kapitalistische System, das fünf Sechstel des Erdballes verwaltet, besitzt nicht die Mittel, eine allgemeine Lösung herbeizuführen. Es kann lediglich versuchen, örtlich beschränkte, provisorische und zerbrechliche Lösungen nationalistischer Art zu schaffen, die die Lage noch verschlimmern. Jedes Land lebt unter einem System der Brüderkriege, der gegenseitigen Abschließung, der nationalen Konkurrenz, d. h. im Zeichen des Krieges in, all seinen Formen. ...

Die andere Seite dieser grundlegenden Tatsache ist die, daß infolge der proletarischen Revolution im Oktober 1917 in halb Europa und halb Asien die Errichtung einer neuen Gesellschaft auf den Grundlagen des internationalen Sozialismus durchgeführt worden ist. Aus dieser Wirklichkeit ergeben sich unweigerliche Folgen: der Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten zwecks Gebietserweiterung, zwecks eines augenblicklichen, vergänglichem Triumphes des Einen gegen die Anderen, zwecks Bereicherung einiger Lieferanten, Handelsleute und Finanziers- und zweitens der Feldzug der — in bezug auf diesen einzigen Punkt geeinigten — kapitalistischen Staaten gegen die Sowjet-Union. Dieser Feldzug bedeutet nur die schnellere Fortsetzung des seit dem Jahre 1917 unaufhörlich offenen oder geheim geführten Krieges gegen Rußland.

... Was sollen wir tun? Vor allem uns zur Arbeiterklasse bekennen, alle Kräfte vereinigen, die die großen Raubmächte auf die Vorbereitung und die verbrecherische Durchführung des Krieges verwenden, dessen erste Opfer immer die Massen sind. Wir müssen die Massen der ganzen Welt alarmieren, die bereits anfangen, sich ihrer selbst be-

*) Arnold Gysia: „Die andere Hälfte der Pflicht“. Gedanken zum Briefwechsel zwischen Romain Rolland und Henri Barbusse. Berlin. Verlag „Öffentliches Leben“. Preis 0,60 M.

wußt zu werden, und von denen letzten Endes alles abhängt. Die Arbeitermassen werden also die lebendigen Schranken gegen den Krieg zu bilden haben.

Aber das allein genügt nicht! Ein jeder kann und muß sein Urteil über den Konflikt, so wie er sich überstürzend vor unseren Augen abspielt, öffentlich abgeben.

Mögen alle pazifistischen Vereinigungen der Welt — und solche, die den Kampf um den Frieden auf ihr Programm gesetzt haben — von der Tribüne des Kongresses aus erklären: „Wir wollen keinen Krieg gegen Sowjet-Rußland!“ Eine solche Erklärung ist unabhängig von politischen Fragen und

Parteien; dieser Wille kann durch alle zum Ausdruck gebracht werden, die der Ansicht sind, daß ein großes Volk Recht auf Freiheit und Leben hat. Diese Erklärung wird aber bedeutungslos sein, wenn sie nicht durch praktische Mittel getragen wird, durch konkrete Maßnahmen, die jeder in seinem Kreis sich durchzuführen verpflichtet, um ein Gegengewicht gegen das Verbrechen eines Krieges zu schaffen.

Auf diese Weise worden wir am 28. Juli eine große Kundgebung veranstalten, die bereits eine ungeheure Begeisterung hervorgerufen hat, und die ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung zu werden verspricht.“

Bauernretter.

Das japanische Agrarproblem.

Von Alexis Baranoff (Schanghai).

Die politische Unruhe in Japan, als deren Ausfluß auch die gewaltigen imperialistischen Abenteuer in der Mandchurie zu rechnen sind, entspringt zum Teil dem Agrarproblem, d. h. der bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Not der Landbevölkerung. Im Norden des Landes herrscht Hungersnot; es werden Wurzeln gegessen, und die Bevölkerung flieht nach den Städten.

Die Ursachen dieser Hungersnot liegen auf der Hand. Eine japanische Familie braucht gut gerechnet 2000 kg Reis im Jahr. Ein Hektar Land in Japan produziert 2000 bis 3000 kg Reis (eine in keinem Land erreichte Menge!), so daß also ein Hektar Land pro Familie erforderlich wäre. Nun haben aber 75 Prozent der japanischen Bauern weniger als 1 Hektar — 50 Prozent haben sogar weniger als 1/2 Hektar —; sie sind daher auf Nebenerwerb angewiesen, in der Hauptsache auf Hausindustrie oder auf die Arbeit einiger Familienmitglieder in den industriellen Betrieben der Städte. Besonders das Letztere ist gang und gäbe, wobei es insbesondere die Mädchen sind, die durch Agenten „aufgekauft“ werden, um sodann unter Verhältnissen, die der Sklaverei gleichkommen, in den Baumwoll- und Seiden-Fabriken beschäftigt zu werden. Die Weltwirtschaftskrise hat den Beschäftigungsgrad der auf Export angewiesenen japanischen Textilindustrie stark vermindert, daß es den japanischen Bauern schwer fällt, ihre Töchter zu verkaufen. Hinzu kommen die immer drückender werdenden Pachtverhältnisse und die Ueberschuldung der Betriebe. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind derart gefallen, daß Pacht- und Zinszahlungen nicht mehr erfolgen können.

Die Regierung ist sich des Ernstes der Lage durchaus bewußt. Man hat unter dem Druck einer nach Tokio entsandten Bauerndeputation einige Beschlüsse gefaßt: Stundung der Zinszahlungen, Gewährung einer neuen 400-Millionen-Yen-Anleihe. Einige Politiker schlagen eine Inflation vor, um derart die Verschuldung der Bauern zu verringern. Im großen Ganzen werden nur Symptome kuriert. An die Wurzel des Problems — Landmangel durch ungleiche Bodenverteilung und Pachtwesen — wird nicht herangegangen, so daß jene vom Lande ausgehende Unruhe bestehen bleibt.

Für die gerade jetzt in Erscheinung tretenden Vorgänge in Japan ist es entscheidend, daß die Bauern einen mächtigen Bundesgenossen in der „Armee“ gefunden haben. Zwei Tatsachen sind hierfür verantwortlich zu machen: erstens stammen nicht nur die Soldaten, sondern auch die meisten Offiziere vom Lande, wo sie als Bauern- und Pächtersöhne mit den Nöten der Landbevölkerung vertraut geworden sind. Zweitens fühlt sich der auf strenge Tradition alt-japanischen Feudalismus eingestellte Geist jener Armee in einem sehr sinnfälligen Gegensatz zu der häufig korrupten und prätigen Art der kapitalistischen Groß-Bourgeoisie und ihrer politischen Schleppenträger, den Parteien. Die „Armee“ macht diese Politiker für die Not der Bauern verantwortlich und hat ein eigenes politisches Programm aufgestellt, in dem nicht nur eine Rückkehr zu den genügsamen Lebensformen Alt-Japans gefordert wird, sondern auch die Schaffung eines japanischen

Weltreichs, in dem Raum genug sei für die notleidenden Bauern. Der Imperialismus der japanischen Armee, die ein Betätigungsfeld sucht, ist somit der wesentlichste Bestandteil ihres Rettungsplans. Wie ernst es ihr damit zu tun ist, erkennt man daran, daß sie nicht einmal vor politischen Morden zurückschrickt. Das Attentat auf den Ministerpräsidenten Inukai galt dem Zweck, den hemmenden Einfluß all der Politiker zu beseitigen, die in der Mandchurie nicht die erste Etappe des phantastischen Plans eines Weltreichs sehen, sondern eine Gelegenheit für kapitalistischen Raubbau.

Das Programm der Militaristen zeigt klar, daß die Armee nicht nur das Heil der Bauern erstrebt. Sie kämpft vor allem in ihrem eigenen Interesse, das ihr von den bisherigen Politikern nicht genügend wahrgenommen wird. Allerdings steht im Augenblick das Agrarproblem durchaus im Vordergrund, und dieser starken sozialen Verankerung der Armee in der Bauernschaft ist es zuzuschreiben, daß es ihr so leicht gefallen ist, die bürgerlichen Parteien aus dem Sattel zu heben. Die Errichtung einer offenen Armee-Diktatur scheint unmittelbar bevorzustehen.

Angesichts dieser Tatsachen wird man zu der Frage gedrängt, warum denn die Not der Bauern keinen anderen Retter auf den Plan gerufen hat als ausgerechnet jene junkerlich-faschistisch-imperialistische Armee. Die soziale Not hat der Armee eine Autorität gegeben, vor der die bürgerlichen Berufspolitiker kapitulierten. Warum nimmt sich keine sozialistische Partei des Agrarproblems an und zwingt die korrupte Bourgeoisie zum Rücktritt? Die Geschichte Japans — und die Geschichte der Welt — würde einen anderen Verlauf nehmen, wenn der Sozialismus das Gebot der Stunde erkannt hätte.

Es fällt nicht schwer, dieses Versagen zu erklären. Es gibt in Japan neben den beiden groß-bürgerlichen Parteien (Seiyukai und Minseitō) noch eine sogenannte Arbeiter-Partei (Zenkoku Rono Taishutō), die man am besten als kleinbürgerlich-liberal bezeichnen könnte. Ihre Haupt Sorgen sind Demokratie und Bekämpfung imperialistischer Auswüchse. Sie hat nur 5 Sitze im Parlament und ist zudem innerlich sehr wenig gefestigt, so daß sie kürzlich einen Teil ihrer Mitglieder an die Faschisten verloren hat. Die einzige Partei, die, als sozialistisch in Frage kommt, ist die kommunistische; und hier rächt es sich in einer vielleicht für ganz Japan verhängnisvollen Weise, daß der marxistische Kommunist grundsätzlich dem Agrarproblem fernsteht. Jene 75 Prozent der japanischen Bauern, die weniger als 1 Hektar Land haben, sind in den Augen der Kommunisten eine ausstorbende Klasse, die man allenfalls im Kampf gegen „Kulaken“ mobilisieren kann.

Kein Wunder, daß die „Armee“ dann als Retter erscheint und trotz ihrer wahnsinnigen Methoden immerhin das Verdienst beanspruchen kann, die Not der Bauernschaft wenigstens gesehen und etwas für die Linderung dieser Not zu unternehmen verspricht. Freilich wird die imperialistische Pferdekur mit ihrer Kolonisation der Mandchurie die Agrarkrise schwerlich in dem Maße beheben, wie das notwendig wäre, um Japan zur Ruhe zu bringen. Denn nach dem Urteil vieler Sachverständiger kommt eine großzügige Besiedlung der Mandchurie schon aus klimatischen Gründen für japanische Bauern nicht in Frage.

Was ein Sozialdemokrat für Wunderglauben hält.

In einer gutbesuchten Versammlung, einberufen vom Göttinger Gewerkschaftkartell und der hiesigen sozialistischen Studentengruppe, sprach kürzlich Professor Lederer über „Auswege aus der Wirtschaftskrise“. Wer erwartet hatte, daß der Referent eine Untersuchung der Ursachen der Weltwirtschaftskrise geben würde, sah sich darin leider enttäuscht. Lederer gab in der Hauptsache ein Mittel an, das seiner Meinung nach im Augenblick durchführbar ist, um die Auswirkungen der Krise auf die von ihr Betroffenen, auf die Arbeitslosen, in ihrer Schärfe zu mildern.

Einen Ausweg aus der Krise bedeutet nach seinen eigenen Worten der von ihm vorgeschlagene Weg nicht.

Dies ist angesichts der verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise umso bedauerlicher, als Lederer, ein führender Wirtschaftstheoretiker der SPD, die ganze Unentslossenheit und eingestandene Machtlosigkeit dieser Partei gegenüber der Krise vor Augen führte.

Lederers Plan ist bekanntlich, möglichst viele Arbeitslose in den nicht ausgenutzten Produktionsanlagen zur Schaffung von Waren für sich selber zu beschäftigen. Er führte dazu aus: Die erforderlichen Geldmittel könnten z. B. an Subventionen und anderen Staatsbeihilfen an die Unternehmer eingespart werden. Die so beschäftigten Arbeitslosen erhalten ihre Unterstützung in der bisherigen Höhe weiter, so daß eine Verschlechterung des Binnenmarktes vermieden wird. Als Entgelt für die geleistete Arbeit erhalten die Beschäftigten die von ihnen erzeugten Waren, die also nicht in den normalen Marktverkehr eingeführt werden.

Der Referent suchte nachzuweisen, daß die Kosten zur Durchführung seines Planes nicht groß sind.

Er bemühte sich geradezu, festzustellen, daß er beileibe nicht an eine rigorose Kürzung der staatlichen Liebesgaben an die Schwerindustrie und die Landwirtschaft denke.

Von der wahren Ursache der Arbeitslosigkeit, der mangelnden Massenkaufkraft, war nur nebenbei die Rede. Man konnte aus Lederers Ausführungen leicht den Eindruck gewinnen, daß die fehlende Kaufkraft geringe Bedeutung für die Entstehung und Verschärfung der Krise habe. Welche Wichtigkeit Lederer selber der zu geringen Massenkaufkraft zuweist, betonte er auf eine diesbezügliche Frage in einem privaten Gespräch: „Ich kann schließlich nicht auf alles eingehen.“

Es ist demnach nicht zu verwundern, daß der Redner keinen Ausweg aus der Krise sieht.

Der Glaube an die Möglichkeit eines in absehbarer Zeit erfolgreichen Mittels ist nach der Auffassung des Redners Wunderglaube.

Leider bezahlen die Arbeiter diese „Erkenntnis“ mit weiterer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage, mit schnellerem Versinken in die Barbarei. Sie ist dazu angetan, die Ergreifung der notwendigsten Maßnahmen zur Beseitigung der Krise zu verhindern: Einstellung der Staatssubventionen an bankerotte industrielle und agrarische Unternehmen, Abbau der Zölle auf Getreide und Rohstoffe. Diese Schritte würden die künstlich hochgehaltenen Preise zum Fallen bringen und damit die Massenkaufkraft heben, wodurch die notwendige Voraussetzung für ein Herauskommen aus der Krise geschaffen ist.

Der tiefere Grund für die Tatsache, daß führende Männer der Arbeiterorganisationen diese Maßnahmen gar nicht für diskutabel halten, liegt in ihrem Unglauben an die politische und gewerkschaftliche Macht der Arbeiter. Ohne den Einsatz dieser Macht wird die Durchführung der notwendigen Schritte zur Beseitigung der Krise allerdings auf unüberwindbaren Widerstand stoßen. Sie zu erringen durch Bildung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kräfte, die die Anwendung der erforderlichen Mittel verhindern, gegen den Faschismus, ist die brennende Aufgabe der Stunde.

Emil Matthias.

Drei Siedlungsgegner.

1. Hugenberg-Prese.

Keine Politisierung der Osthilfe!

Ueber Osthilfe und Siedlung berichtet Hugenbergs „Landwirtschaftliche Wochenschau“ nach Fühlungnahme mit Ministerialdirektor Reichard, dem Leiter der neuen Abteilung für Osthilfe und Siedlung beim Reichsernährungsministerium, unter anderem:

„Dabei hat sich besonders die völlige Ausschaltung der preußischen Regierung bewährt, von der bisher alle wesentlichen Schwierigkeiten und Verzögerungen der Osthilfe gekommen waren. Seit der Beseitigung der Beauftragten der Preußenkasse aus der Oststelle und den Landstellen haben auch die Versuche zur Politisierung der Osthilfe aufgehört. So bestätigt es sich gerade nach der Ausschaltung Preußens, welcher Hemmschuh der preußische Regierungseinfluß für die Sanierung des Ostens gewesen ist.“

Richtig! Preußen hat ein klein wenig Widerstand geleistet dagegen, daß offenbar bankerotte Junker auf Staatskosten saniert werden. Das zu verhindern, ist in der Sprache der Ostelbier eine Politisierung der Osthilfe; es zu fördern, ist offenbar die Wahrung wichtiger deutscher Belange.

Preußen liegt quer.

Warum auf dem Gebiet der Siedlung jetzt noch nichts geschieht, erklärt die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ so:

„Bei der Siedlung selbst kann, wie der ‚Landwirtschaftlichen Wochenschau‘ weiter erklärt wird, einfach deshalb im Augenblick noch nicht mit der Durchführung neuer Pläne begonnen werden, weil zunächst die Auseinandersetzung mit Preußen durchgeführt sein muß. Hier liegen die wesentlichen Versäumnisse früherer Regierungen im Reich und in Preußen. Hatte sich die preußische Koalition überhaupt erst seit zweieinhalb Jahren einigermaßen ernsthaft für die Siedlung interessiert, allerdings unter politischen Gesichtspunkten, so hatte die Reichsregierung mit der Art der Aufziehung der Siedlungsbank weiterhin die Siedlung an Preußen ausgeliefert. Da die Siedlungsbank die Finanzierung der Siedlung ist, kann das Reich überhaupt keinen nachhaltigen Einfluß ausüben, solange die Siedlungsbank von Preußen beherrscht wird. Die finanziellen Fragen, um die es sich bei der Uebernahme der Siedlungsbank handelt, und bei denen Preußen neuerdings quer liegt, können erst jetzt in Angriff genommen werden.“

So? Preußen liegt neuerdings quer? Es ist erfreulich, zu hören, daß es seinen Einfluß nicht völlig fahren läßt, nachdem ihm für die verkauften Anteile an den Siedlungsinstituten vom Reich zur Zeit nichts bezahlt wird! Allerdings wird bei dem Durcheinander zwischen preußischer und Reichs-Verwaltung erst recht nichts für die Siedlung herauskommen.

Ein neues soziologisches Gesetz?

Je mehr eine Regierung über Siedlung redet, um so weniger tut sie. Die Regierung Brüning hat mehr von Siedlung geredet als ihre Vorgänger. Brüning's Nachfolger stellen nun mit einer Empörung fest, deren Echtheit anzuzweifeln allerdings Grund vorliegt:

„Nun stellt es sich auch noch heraus, daß in der Praxis der Umfang der Siedlung im Gegensatz zu allen Programmen sogar auf rund die Hälfte abgebaut worden ist. Die Reichsregierung muß jetzt also erst vollkommen neue Grundlagen legen und auch auf diesem Gebiete frühere Versäumnisse nachholen.“

Welch herrliche Ausrede, abermals ein Jahr verstreichen zu lassen und es anzufüllen mit Ministerreden über die „neuen Grundlagen“ der Siedlung!

2. Deutsche Bergwerkszeitung.

Parteilpolitische Engstirnigkeit.

„In parteipolitischen Engstirnigkeit belieben besonders die Kreise der Linken zu behaupten, die Krise des deutschen Ostens sei die Folge des Bankrotts des ostdeutschen Großgrundbesitzes. Diese bankerotte Wirtschaft dürfe also nicht weiter subventioniert, sondern müsse in Kleinbesitz aufgeteilt werden, wodurch man auch wegen der Umsiedlung großer Massen von Arbeitslosen aus den Industriegebieten aufs Land wirksam dem Problem der Arbeitslosigkeit zu Leibe rücken könne.“

Das für möglich zu halten, sei parteipolitische Engstirnigkeit, schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“.

Wie besorgt diese Zeitung der Zechenherren um das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft ist, zeigt bereits die Ueberschrift, die über den zitierten Sätzen steht:

Zerschlagung der Güter kürzt die Löhne.

Auf Grund einer merkwürdigen Rechnung, die wir hier nicht im einzelnen wiedergeben wollen, kommt die „Bergwerkszeitung“ zu folgendem Urteil über die Kaufkraftveränderung, die eintreten würde bei Ersetzung von landwirtschaftlichen Großbetrieben durch Bauernbetriebe:

„Im Gesamtergebnis ist also die volkswirtschaftliche Kaufkraft der Großbetriebe um 380 Millionen Mark höher als die der Kleinbetriebe. Diese größere Kaufkraft der Großbetriebe ermöglicht etwa 180 000 Arbeitern in der deutschen Industrie Arbeit und Brot. Bei der Tatsache, daß der Lohnanteil aus landwirtschaftlichem Bedarf rund 70 Prozent beträgt, ergibt sich, daß der Großbetrieb etwa 260 bis 280 Millionen an industriellen Löhnen mehr aufbringt als der Kleinbetrieb, bei welcher Summe zu bedenken ist, daß zum Beispiel 1929 die gesamte Braunkohlenindustrie und der deutsche Erzbergbau 213 Millionen, die deutsche Zellstoff-, Holzstoff- und Papierindustrie 248 Millionen Mark Löhne zahlte.“

Alle bisher mitgeteilten Statistiken aus Deutschland und anderen Ländern besagen genau das Gegenteil.

„Man fragt sich vielmehr erstaunt, wie hier ein Zentralproblem der gesamten Volkswirtschaft in einer Weise behandelt wird, die allen Gesetzen der Vernunft und der Praxis ins Gesicht schlägt.“

So schreibt die „Bergwerkszeitung“ selber, aber nicht in reuiger Selbsterkenntnis, sondern zur Unter-

streichung ihrer Verurteilung der Siedlungspläne, die sie — leider nicht ganz mit Recht — den Gewerkschaften in die Schuhe schiebt.

3. Das wissenschaftliche Organ der SPD.

Ein vorsichtiger Sozialdemokrat.

Die ganze Art, in der Fritz Baade in dem wissenschaftlichen Organ der SPD, der „Gesellschaft“ (Juni-Heft 1932) die Siedlungsfragen behandelt, ergibt sich bereits aus den einleitenden Bemerkungen dieses Aufsatzes:

„An der Klasse der Großgrundbesitzer scheint sich also eine Art politisch-ökonomischen Strafgerichts zu vollziehen, eine Wiedergutmachung des Landraubes und des Bauernlegens der früheren Jahrhunderte. Wer die Dinge so sieht, der ist natürlich nicht weit von der Forderung entfernt, daß der republikanische Staat seinerseits alles tun sollte, um diese Entwicklung nicht abzubremsen, sondern zu beschleunigen, um die Jahre der Agrarkrise zu einer groß angelegten und radikalen Liquidierung der ostelbischen Junkerklasse, zu einer umfassenden Umwandlung von Großbetriebsland in Bauernland, zu benutzen. . . . Es ist in der Tat ein naheliegender, bestechender Gedanke, die Agrarkrise dazu zu benutzen, um diese ganze Klasse ökonomisch zu liquidieren und an die Stelle der Rittergutsbesitzer Bauern zu setzen.“

Der Boden ist heute nicht die Hauptsache zum Siedeln.

„So naiv wie der Enthusiast ist nun der Siedlungsfachmann nicht. Er weiß, daß der Boden zum Siedeln heute nicht die Hauptsache ist. Auf Jahre, auf Jahrzehnte hinaus steht infolge der Ueberschuldung der Großbetriebe mehr Boden zum Siedeln zur Verfügung, als nach Maßgabe der vorhandenen Menschen und des vorhandenen Kapitals besiedelt werden kann. Wie sehr die Vorstellung vom „Klassenkampf um den Boden“ sich von der Wirklichkeit entfernt hat, das beweist die Tatsache, daß die Landwirte aller Betriebsgrößenklassen, insbesondere klarblickende Großgrundbesitzer, heute durchaus ehrliche Siedlungsanhänger sind.“

Baade vergißt, daß seine großagrarisches Freunde und „ehrliehen Siedlungsanhänger“ beim Aufsiedeln für den Boden einen Preis erzielen wollen, der sie wirtschaftlich gesund und die künftigen Bauern wirtschaftlich krank macht. In dem Sinn, daß man nirgends Boden für Bauernstellen kaufen konnte, gab es natürlich in Deutschland schon seit Jahrzehnten keine Bodensperre mehr, hat es sie vielleicht nie gegeben. Entscheidend ist der Preis des Bodens. Ohne Bodensperre steht nach unserer Behauptung durchschnittlicher Boden heute in Deutschland auf dem Preis Null.

Was Baade in dem erwähnten Aufsatz über Absatzmöglichkeiten, Kapitalanlagen und Rationalisierung der Landwirtschaft sagt, ist beachtenswert, und wir hielten es für falsch, jene Darlegungen in diesem Zusammenhang kurz abzutun. Immerhin sei hier verzeichnet, was Baade selber nennt:

Schlußfolgerungen für die Siedlungspraxis.

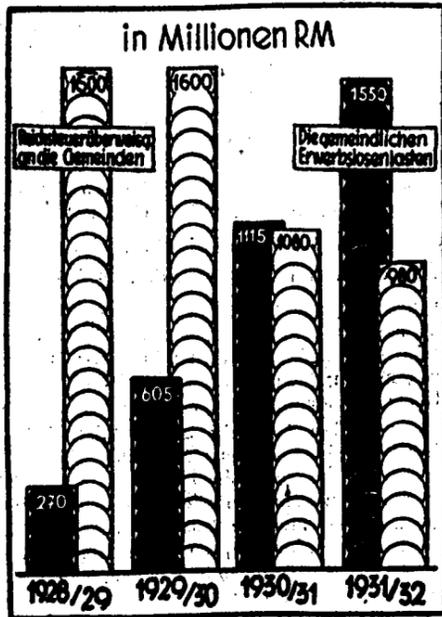
„Wenn die Agrarkrise nicht gerade mit der ungeheuren allgemeinen Krisis und mit der Massenarbeitslosigkeit von Millionen Menschen zusammenfallen würde, so müßte die Entscheidung über die Siedlung ganz eindeutig negativ ausfallen.“

Gewiß: Wenn es keine Massenarbeitslosigkeit gäbe, brauchte man die Gründung neuer Bauernstellen von Staats wegen nicht zu fördern.

Ist aber damit im geringsten widerlegt, daß die Massenarbeitslosigkeit, wie wir das behaupten, zu einem erheblichen Teil in der Bodensperre ihre Wurzel hat?

In dieser Ansicht kann uns das dreiblättrige Kleeblatt: Hugenberg, „Deutsche Bergwerkszeitung“ und Baade nicht beirren. Rpt.

Gemeinden in der Klemme.



In dieser Klemme sind die Gemeinden: Die schwarze Säule der Erwerbslosenlast wächst von Jahr zu Jahr. Gleichzeitig nimmt die Summe der Reichsteuer-Ueberweisungen ab.

1929 brauchten die Gemeinden nur ein Sechstel der Reichsteuerüberweisungen für Erwerbslosenlasten auszugeben. 1932 reichten die Reichsteuerüberweisungen nur noch aus zur Deckung von etwa zwei Dritteln der Erwerbslosenlasten. H. H.

Reklame mit Siedlung statt Siedlung.

Die Reichsregierung hat durch Zeitungsmeldungen und Rundfunkreden bekanntgemacht, daß die vorstädtische Kleinsiedlung fortgeführt werden solle. Interessenten haben sich daraufhin bei der Stadt Berlin gemeldet.

Deren Nachrichtendienst weist nun darauf hin, daß alle bisherigen Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit rein informatorischer Art gewesen sind, und daß die Berliner städtischen Dienststellen noch nicht in der Lage sind, ins Einzelne gehende Auskünfte über diese zweite Aktion zu erteilen oder Vormeldungen entgegenzunehmen.

Welch feine Unterscheidung zwischen Versprechungen und Reden „rein informatorischer Art“! Wir buchen das Ganze als einen weiteren Beleg für das neueste „Soziologische Gesetz“: Je mehr eine Regierung über Siedlung redet, um so weniger tut sie.

Ein Futtermittel ist zu billig!

Seit einigen Jahren gibt es in Deutschland ein Maismonopol, das in erster Linie errichtet worden ist, um den Mais, ein eingeführtes Futtermittel, zu verteuern, um dadurch jede billige Konkurrenz gegen das überbeuerte deutsche Futtergetreide auszuschalten.

Man hat bei Schaffung des Maismonopols ein dem Mais in mancher Beziehung ähnliche Frucht unbeachtet gelassen, die sogenannte Negerhirse: Dari. Früher wurden nur einige tausend Zentner Dari eingeführt, die größtenteils als Futtermittel für eingesperrte Vögel Verwendung fanden. Neuerdings ist die Einfuhr von Dari derart gestiegen, daß eine Jahreseinfuhr von mehreren hunderttausend Tonnen dabei herauskommen wird.

Alle Proteste der Schweine- und Geflügelhalter, die Dari als Ersatzfutter verwandten, werden nichts nützen. Man wird vermutlich das Maismonopol durch ein Darimonopol ergänzen.

Die Entwicklung verläuft nach dem bekannten Schema:

1. Staatsingriff.
2. Die Geschädigten finden einen Ausweg
3. Zweiter Staatsingriff.

u. s. w. u. s. w.

Rpt.

Lohnabbau - Kostensteigerung.

Dem einzelnen Unternehmer bringt natürlich der Abbau der Löhne seiner Arbeiter im allgemeinen eine Unkostenenkung. Daß für viele Unternehmer der Lohnabbau der anderen Unternehmer zu einer Erhöhung der Unkosten führt, zeigt sehr deutlich eine Erhebung, die der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser zusammen mit dem Institut für Konjunkturforschung über die Kosten in den Waren- und Kaufhäusern für das Jahr 1931 vorgenommen hat:

Gehälter und Löhne machten im Jahre 1931 etwa 88 Prozent des Standes von 1930 aus. Dagegen blieben die Steuern unverändert. Ausgaben für Porto, Telefon, Telegramme u. s. w. sanken um 2,5 Prozent. Die Kosten für Versicherung, ohne Sozialversicherung, haben sich sogar auf fast 108 Prozent gesteigert. Insgesamt verringerten sich die Kosten auf 66 Prozent, während der Umsatz auf 85,3 Prozent des Standes von 1930 fiel. Der Personalbestand wurde auf rund 92,5 Prozent abgebaut, das Verkaufspersonal auf 92,6 Prozent.

Die Entwicklung war folgendermaßen:

	1927	1928	1929	1930	1931
Umsätze 1925 = 100	114,4	127,6	127	119	101,5
Kosten in Prozenten des Umsatzes					
Gesamtkosten	21,5	23,5	23,6	24,9	26,71
Gehälter und Löhne	10,7	11,4	11,7	12,2	13,51
Mieten	2,3	2,9	2,9	4	3,48
Heizung, Beleuchtung u. s. w.	0,7	0,7	0,9	0,8	0,87
Steuer und Versicherung	2,4	2,1	2	2,2	2,96

Der Umsatzrückgang ist eine Folge der allgemeinen Lohn- und Gehaltskürzungen. Zwar sind die Löhne und Gehälter auch in den Warenhäusern gesunken, insgesamt aber ist der Anteil der Löhne und Gehälter an ihren Kosten gestiegen.

Die Waren- und Kaufhäuser würden also gut fahren, wenn sie für Lohnerhöhungen Propaganda machten! H. H.

DEUTSCHLAND

Neue Subventionswünsche: Der Langnamverein verlangt in einer Eingabe an die Reichsbahn-Hauptverwaltung und die zuständigen Reichs- und Staatsministerien „beschleunigte und entschlossene Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichsbahnbeschaffungen“. Er weist besonders auf die schwer daniederliegenden, meist mittleren und kleineren Eisenbetriebe des westdeutschen Industriegebiets hin. — Richtig: diese Betriebe liegen danieder! Und zwar wegen der Monopolpreise, die ihnen von der Schwerindustrie abverlangt werden. Die Reichsbahnaufträge werden bekanntlich in erster Linie wieder dieser Schwerindustrie zugute kommen. Sie wird danach also abermals Anlaß haben, sich beim nächsten Subventionswunsch auf schwer daniederliegende mittlere und kleinere Betriebe zu berufen.

Verschiebung der Getreideanbauflächen: Gegenüber dem Jahr 1931 ist der Roggenanbau, der im Vorjahr zurückgegangen war, wieder um rund 82 000 Hektar (1,9 Prozent) gestiegen. Der Anbau von Weizen hat sich abermals ausgedehnt, um 110 000 Hektar (5,1 Prozent).

Seit 1930 hat die Bestellung mit Weizen um rund 500 000 Hektar (27,8 Prozent) zugenommen. Der Anbau von Roggen hat um 260 000 Hektar (5,6 Prozent) abgenommen, der Anbau von Hafer um 160 000 Hektar (4,7 Prozent). — Sowohl die Zunahme der Weizen- als auch besonders der Roggenanbaufläche ist eine volkswirtschaftliche Fehlleitung erster Ordnung. Die Kosten tragen die Konsumenten.

Sparkassen:

Spareinlagen Ende April	9 956 Mill. Mark
Zugang im Mai: echt Neueinlagen	355 Mill. Mark
Zinsgutschriften	7 Mill. Mark
Aufwertungsgutschriften	11 Mill. Mark
	10 329 Mill. Mark
Auszahlungen im Mai	424 Mill. Mark
	9 905 Mill. Mark

Der Einlagenbestand hat also um 51 Millionen Mark abgenommen. Die echten Neueinzahlungen waren um 70 Millionen Mark, und die Auszahlungen um 60 Millionen Mark geringer als im Vormonat.